

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-74305](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-74305)

Der Ammerländer

(Herausgeber Nr. 5.)

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,80 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühren: Für die einpaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Kreisort Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Kreises wohnende 35 Pfg. Bestellen sollen 1 Mark die Zeile, für die Rückgabe unentgeltlich eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Zwangsverfügung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgab der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt eine Gewähr für den verlangten Platz kann jedoch nicht übernommen werden.

Nr. 280

Weser-Nachricht. Sonntag den 30. November 1919

59. Jahrgang.

Antwort an Clemenceau.

Mit erfreulicher Schnelligkeit hat diesmal die deutsche Regierung Herrn Clemenceau die gebührende Antwort gegeben. Das war unbedingt notwendig, einmal weil es sich um das Schicksal unserer Kriegsgefangenen handelt, dann aber auch weil die französische Note in so unerhöhter öffentlicher Art die öffentliche Meinung der Welt irrezuführen sucht, daß dieses unerantwortliche Verhalten auch seinen Augenblick länger, als die Sache selbst es zuließe, das es über Ton und Inhalt unserer Antwortnote in deutschen Kreise voraussetztlich nur eine Stimme der Anerkennung geben, daß der leidige Streit der Parteien vor dieser Zeit des Auswärtigen Amtes, wie man annehmen darf, ganz und gar verstummen wird. Unter dieser Voraussetzung wird die Note vielleicht auch außerhalb unsrer Grenzen ihren Eindruck nicht verlieren.

Dat Herr Clemenceau seine ablehnende Haltung in der Gefangenensache mit einer Fülle von Vorwürfen gegen die deutsche Regierung begründet, so schlägt diese in ihrer Erwiderung sofort die einzig richtige Loslösung ein, zum Gegenangriff überzugehen. Der Behauptung, Frankreich habe uns niemals etwas anderes versprochen, als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen, stellt sie zunächst einmal den Wortlaut der Befreiungsmachung vom 29. August 1919 gegenüber, in der die Vorforderung des Verlaufs der Gefangenensache an der Kriegsgefangenen ausbrücklich angelegt worden ist. Diese Zusage ist weder zurückgenommen noch ist sie etwa freiwillig erteilt worden; sie stellt vielmehr die Gegenleistung dar für Gefangenensache, zu denen die deutsche Regierung eben um den Preis eines ungetragenen Friedens in der Gefangenensache bestimmt worden war. Dabei handelte es sich einmal um die Todesfrage — nicht weniger als 1 1/2 Millionen Tote hat man daraufhin vorzeitig, d. h. vor Beginn unserer Kriegspflicht, um uns entlassen genommen — und zweitens um den Fall Marbeim, wobei wir zur Zahlung der Buße überzugehen durch die ausbrückliche Zusage veranlaßt wurden, daß Marbeim doch dann seinen Einfluß nur die alsbaldige Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen einlegen werde. Innerhalb einer Woche nach Zahlung der Million Frank so te nach den damaligen Rarrier-Abmachungen die im Friedensvertrag vorgegebene Kommission zur Regelung der Gefangenensache der Kriegsgefangenen zusammenzutreten — und heute noch soll sie von Herrn Clemenceau entbunden werden. Im September ließ ihn die deutsche Regierung an sein Versprechen erinnern und erhielt zur Antwort, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt, die Transporte nach Deutschland würden von jetzt an ununterbrochen laufen. Bisher käme die Gefangenensache aus England, dann die aus Amerika, zuletzt die aus Frankreich an die Reihe; besondere deutsch-französische Verhandlungen darüber seien nach Auffassung des Ministerpräsidenten unnötig. Und heute hat dieser selbe Ministerpräsident die Stirn zu behaupten, daß Frankreich uns niemals etwas anderes versprochen habe als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Dieser Aufstellung braucht wirklich nur öffentlich festgestellt zu werden. Er spricht für sich selbst.

Der damit nicht genug. Herr Clemenceau soll nun seinerseits alle Beschwerden aus, die er gegen die deutsche Regierung zu erheben hat, und spricht es mit klaren Worten aus, daß ihm, dem Vertreter des Volkes und der Menschheit, daß die an diesen Beschwerden völlig schuldlos deutschen Kriegsgefangenen hätten sollen. Er will sie als Geiseln dafür halten lassen, daß seine weit über den Friedensvertrag hinausgehenden Forderungen erfüllt werden. Die es Politik, erteilt die deutsche Antwortnote mit vollem Recht, muß um so schärfer verurteilt werden, als die Behauptung, daß die Kriegsgefangenen in materieller und moralischer Hinsicht durchaus gut behandelt werden, leider nicht den Tatsachen entspricht — was für jeden, der nur einmal Gelegenheit gehabt hat, in Gefangenensache einzusehen, einleuchtend ist, was häufig seines äußeren Nachdruckes bedarf.

Schließlich werden dann noch in acht weiteren Punkten die einzelnen Beschwerden des Herrn Clemenceau als ungerechtfertigt nachgewiesen. Es wird bekräftigt, daß die deutsche Regierung es abgelehnt habe, ihre Verpflichtungen in der Auslieferungssache zu erfüllen. Sie hat nur beigetragen, die Schwierigkeiten hingewiesen, zu denen diese Angelegenheit nicht bloß für Deutschland führen könne, und anbegehren in Ermüdungen darüber einzutreten, ob der vorliegende Zweck sich nicht auf anderem Wege erreichen lasse. Es wird festgestellt, daß von maßgebender französischer Seite wiederholt förmlich jede Verquickung der Kriegsgefangenen mit der Wiederanbaufrage abgelehnt worden ist, und daß unterdessen ausgedehnt ist, um die realistische Stellung deutlicher Arbeiter für die vertriebenen französischen Provinzen zu sichern. Aber noch heute warten wir auf Antwort aus Paris. In Schleswig, in Schlesien haben wir alles getan, um die rechtliche Ausübung der Friedensbestimmungen zu erleichtern — und müssen uns jetzt dafür von Herrn Clemenceau mit verlogenen Redensarten überführt lassen. Nur Europa flieht, auf das Vorkommen soll anderweitig näher eingegangen werden, aber die Beschuldigung, daß Deutschland planmäßig die Erfüllung des Friedensvertrages verzögert habe, könnte mit der

Auszahlung der vielen Tausenden Übergriffe und Gewalttaten beantwortet werden, durch das dieses Vorkommen von unseren Gegnern verurteilt worden ist. Die deutsche Regierung verzögert darauf, weil ihre Stimme fast ungehört verhallen würde, sie kann nur feststellen, daß Deutschland kein Aufheißer getan hat, um den unerhöhten Forderungen, die durch den Waffenstillstand an uns gestellt wurden, gerecht zu werden. Schließlich gibt sie noch ihrem Verdrusse darüber Ausdruck, daß die abgetrennten Märchen von der mit ungeheuren Mitteln betriebenen deutschen Propaganda gegen die Alliierten der Aufnahme in ein amtliches Schriftstück für würdig befunden wurden, und betont am Ende noch einmal mit leierlichem Nachdruck, daß die Kriegsgefangenenfrage mit jedem Tage ernstlicher und dringlicher wird. Deutschland glaube in dieser Beziehung wenigstens auf das Urteil aller zivilisierten Völker rechnen zu können.

So weit die Antwort an Clemenceau. Was nun aus dem Friedensvertrag werden soll, steht nicht mehr in deutscher Hand.

Loslösungsbestrebungen in Bayern.

Die „Bayerische Volkspartei“.

Von einer Seite, die behauptet, daß unterdrückt zu sein, kommen Aufbegehren erregende Mitteilungen aus Bayern. Danach sollen zwischen der Zentrumspartei des Reiches und der Bayerischen (Bayerische Volkspartei) erhebliche Differenzen bestehen, die sich in den letzten Wochen noch erheblich zugespitzt haben, weil die separatistischen Bestrebungen in Bayern erneut und mit größter Schlagkraft aufgenommen wurden. Die Agitation gegen die neue Reichsverfassung und die Tendenz des Zusammenstießes mit den katholischen Alpenländern, wünschig unter der Restauration der Monarchie.

hat bereits einen solchen Umfang angenommen, daß es innerhalb der Bayerischen Volkspartei zu ersten Auseinandersetzungen kam. Vor kurzem fand eine Vertretungsmannerversammlung der bayerischen Arbeiterpartei statt, die in München das höchste Glied der bayerischen Volkspartei bildet; sie verabschiedete sich endlich gegen jede Separation. Wenige Tage später versammelte sich die gesamte bayerische Arbeiterpartei, wobei die Kluft zwischen Arbeitern und Bauern innerhalb der bayerischen Volkspartei noch stärker zum Ausdruck kam. Der Reichstagsabgeordnete Schürer wandte sich bei Verprechung der Reichstagsabgeordneten gegen Dr. Seim, den Führer der separatistischen Bewegung, der vor Tagesanbruch ausgesprochen habe, daß Bayern sich mit Deutschland verbinden und aus dem Deutschen Reich auscheiden soll. Dr. Seims absolut ablehnende Haltung gegen die Verfassung wurde darauf hin, daß er seinen Gedanken noch nicht aufgegeben habe. Der Landtagsabgeordnete Nussli wandte sich gegen den bayerischen Bauernrat (dessen Führer wiederum Dr. Seim ist), der durch seine so starke Betonung der Ständekriterien und durch seine gegenwärtige Politik die Sprengung der bayerischen Volkspartei vorbereite. Diese habe seinerseits einen Aufruf erlassen, in dem erklärt wurde, daß der republikanischen Staatsform keine grundsätzlichen Bedenken entgegenstünden. Die Frage: Wollen wir uns auf den Boden der Verfassung stellen oder nicht? müsse mit Ja beantwortet werden. Zu gleicher Zeit, wo diese Gegenstände ausgedrückt zum Ausdruck kommen, werden in München Eingabe verteilt, die die Gründung einer „Bayerischen Volkspartei“ verfordern. Antikriegliche Plakate und Aufrufe fordern zu den äußersten Maßnahmen gegen die „landfremden Elemente, die das Land bereits in größte Unglück geführt“, auf.

Kronprinz Rupprecht als Präsidentschaftskandidat.

Ferner wird behauptet, daß bayerische Zentrum habe sich bereits entschlossen, eine Kandidatur des Kronprinzen Rupprecht von Bayern für den Reichspräsidentenposten zu unterstützen und zu unterstützen. Es sei allerdings noch fraglich, ob es gelingen werde, den Kronprinzen zur Aufstellung der Kandidatur zu bewegen.

Verstärktes Liebesgabenwerk.

Am Aufführung wird gebeten!

Der Vorprior Berichterstatter eines großen rheinischen Blattes schreibt die folgenden:

Eine bittere Enttäuschung für die Deutschamerikaner, die bisher so glatte Wege mit Liebesgaben zur Linderung der Not nach der alten Heimat geschickt haben, ist die Ankündigung der Roteinwanderung, daß der Versand von Kleidern, Bett, Wäsche, Kleidungsstücken usw. verboten und der Versand von Geld, Waren usw. auf 10 bis 20 Mark beschränkt ist. Durch diese und andere Maßnahmen ist das Verbot. Die Roteinwanderung ist Grund dafür eine Verordnung der deutschen Regierung an, wonach der Abnehmer und Empfänger Einfuhrerlaubnis erlangen müssen. Daß die Hilfsfähigkeit der Deutschamerikaner gerade in dem Augenblick eingeengt wird, wo hier das Werk durch eine Verheißung großer Hilfe annehmbar wird, ist sehr bedauerlich. Man ist bei es undenkbar, daß die deutsche Regierung dieses Liebeswerk unterbindet, während gleichzeitig aus allen Teilen Deutschlands Hilfe um Unterstützung einfließen. Große Mühseligkeit haben schon die Mitteilungen hervorgerufen, daß den Empfängern der auf elf Pfund beschränkten Pakete von Amts wegen allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt wurden. Die Empfänger waren gezwungen, sich Einfuhrerlaubnis-

erlässe zu verschaffen. Ein Rheinländer mußte wegen einer Rache Rache allerlei Fragebogen ausfüllen, Anträge stellen und obendrein noch drei Mark Gebühren bezahlen. Daraus sieht man, daß die deutsche Regierung sich mit solchen Kleinigkeiten befaßt. Deshalb müßte schon die Billigung, so hat das jetzt angeordnete vollständige Verbot sogar zu Ärger und Enttäuschung geführt. Das Deutschland keine Einfuhr möglichst beschränken will, ist allen bekannt. Daß aber trotz zahlloser Notleidende, die über Meer bringen und hier bereitwillig Gehör finden, auch die Einfuhr unterbunden werden soll, die ausschließlich in der Heimat dient, wird hier für sehr unangenehm gefunden, zumal von einer moralischen Schädigung wohl nicht die Rede sein kann, wenn ein Deutscher von seinem Verwandten in Amerika warmes Unterzeug für den Winter, eine Wäsche und eine kleine Tafel erhält, alles Kleingegeben, die nur zum Eigengebrauch und nicht zur den Handel bestimmt sind. Die bedauerliche Folge der neuen Beschränkung ist, daß hier tausende Leute, die Kriegsgefangenen in der Roteinwanderung wollten, abgewiesen wurden. Der Wunsch der Deutschamerikaner ist, daß die deutsche Regierung in dieser Angelegenheit bald einen vernünftigen Ausweg finden möge.

Der Wunsch, hier endlich einmal die Vernunft walten zu lassen, dürfte wohl allgemein geteilt werden. Die Roteinwanderung spielt bei diesem Werke doch gar keine Rolle, da es sich um Wohlwollen unserer deutschen Stammesgenossen, die von ihrem Überfluß dem hungernden Deutschland gern abgeben wollen. Man darf also wohl um Aufklärung bitten!

Der Ausnahmezustand in Sibirien.

Berlin. Die Regierung vertritt die Auffassung, daß der Ausnahmezustand in Sibirien an sich höchst unerwünscht ist, sie möchte ihn in Übereinstimmung mit der Arbeiterpartei tunlichst bald aufheben und die Truppen zurückziehen. Die Regierung kann es jedoch nicht als ausfalls annehmen, daß das Ercheinen der Bolschewiken ein Streikgrund ist. Voraussetzung für die Aufhebung des Ausnahmezustandes und dem Abmarsch der Truppen in ihre Standorte ist daher die vollständige Aufnahme der Arbeit.

Stiftwerk für Wien.

Berlin. Der Magistrat hat beschlossen, ein großes Stiftwerk für das darben Wien zu inszenieren. Mit Hilfe der Schulen soll eine umfangreiche Sammlung von Geld und nicht verderblichen Nahrungsmitteln veranstaltet werden.

Eine Drohung Sowjetrusslands.

Wien. Wie der „Neue Tag“ von einer genau unterrichteten Persönlichkeit erzählt, hat die russische Regierung gleichzeitig eine Drohung an die Wiener und an die Budapestener Regierung gerichtet, wonach die Sowjetrepublik sämtliche dem Lande und dem Gutsbesitzerlande entstammenden Kriegsgefangenen ungarischer Nationalität als Geiseln für die aus politischen Gründen verfolgten ungarischen Kommunisten betrachte.

London. „Times“ melden aus Kiew, daß es fast noch nicht, daß der Beginn des Krieges zwischen den Bolschewiken, Litland, Lettland und Litauen eine Verdrängung stattgefunden wird, an der Finnland aber nicht teilnimmt. Man erwartet, daß noch vor Ende des Jahres ein Waffenstillstand zustande kommt.

Wiktia in Ungnade.

Wien. Nach Meldungen aus Belgrad haben die französische und englische Regierung die bisher an den König Wiktia von Montenegro geleistete Pensionsszahlung eingestellt.

Die Verdrängung in Athen.

Bern. Was hat sich aus Athen melden, aus der politischen Unterordnung, die infolge der Entdeckung des von einer Gruppe kommunistischer Offiziere vorbereiteten Komplotts einleitet ist, geht hervor, daß die Verdrängung sämtlicher Offiziere und Unteroffiziere seien, die nach dem Sturz der griechischen Regierung worden waren. Ihre Verdrängung hat aktiven Offizieren habe zur Entdeckung des Komplotts geführt. Es seien mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, darunter diejenige des Generals Limbrius und dreier Obersten, welche alle nicht mehr der Armee angehörien.

Wittler gegen Streikende.

New York. Die „Associated Press“ meldet aus Pomona, daß die Vergarbeiter in Tannsville, die sich weigerten, zur Arbeit zurückzukehren, von Soldaten umringt und ins Gefängnis geführt wurden. Der militärische Befehlshaber von Pomona hat befohlen, daß alle Vergarbeiter am Nachmittag die Arbeit wieder aufnehmen.

Verschiedene Meldungen.

London. Die Regierung erließ in Dublin eine Proklamation, die alle Sinn-Reinigungsorganisationen sowie alle anderen nationalen und ethnischen Organisationen aufhebt.

London. „Central News“ melden aus Kairo, daß neue Unruhen ausbrachen. Ein englischer Offizier wurde auf der Straße ermordet.

Mexiko. General Angeles, die rechte Hand General Villars, wurde nach einem tumultuarischen Verfahren hingerichtet.

Blutige Kämpfe in Montenegro. Die Belgrader Regierung hat drei größere militärische Expeditionen zur Niederschlagung des montenegrinischen Aufstandes beschlossen. Der Einmarsch der serbischen Truppen soll von drei Seiten aus geschehen, von Cattaro, Tschinje und Nikitsch. Zwei der serbischen Truppenabteilungen sind bereits in Montenegro einmarschiert. Es kam zu blutigen Kämpfen mit den Montenegrinern.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Das Steuerbüß.

Der Reichsfinanzminister sprach! — da gibt es kein Gebetel! — Ihr Steuerzahler, allgemach! — gebt Geld aus Eurem Beutel! — Und wenn es Euch auch nicht gefällt! — das Reich braucht Geld und wieder Geld, — nun sucht man Steuerquellen, — den Notstand abzufüllen.

Und wieder steigt die Steuerlast! — aus dem besagten Grunde, — verleihe alles, was Du hast, — folg dem Gebot der Ehre. — Verleihe Deinen Überfluß! — Verdienst, Gewinn und Zins, — genüß — und schmecke Deine Rente — um zehn und mehr Prozent.

Mit 1000 Marklein läßt es an, — doch hast Du mehr, das rächt sich, — denn zahlen muß, wer zahlen kann — von zehn Prozent bis sechzig. — Nun rechnet man und kalkuliert, — bei, wie sich der Betrag summiert, — es steigt ganz ungeheuer — im deutschen Land die Steuer! —

O zahl, so lang Du zahlen kannst, — tief in die Tasche fass, — was Du ererbt, was Du gewinnst — gib es der Steuerfalle. — Verleihe willig Hof und Haus — und rechne auf den Fennig aus — gehorcht und gebührt — was du dem Staate schuldig.

Denn drei Geleise sind bereits — im hohen Rat beschlossen. — Da hilft kein Sträuben der Weisheit, — drum zahl unweigerlich. — Das „Reichseinkommen“ wird geschätzt, — die „Ländesteuer“ festgelegt — und wer vom Kapitale — Ertrags hat, der zahl!

Die Steuer wächst, die Steuer steigt, — doch zahl sie prompt und willig, — und gehorcht und wohlgeheiß! — heut ist ja nichts mehr billig. — Verleihe budam und honest, — was Du besitzt von A bis Z, — und bleib für Dich nichts über — dann gräme Dich nicht drüber. —

Da hilft kein Ach, da bist kein Reh, — kein Standpunkt der Vereinnahmung, — das neue Steuer ABC — tritt doch in die Erscheinung. — Und ob es Dir auch nicht gefällt — das Reich braucht Geld und nochmals Geld, — drum steure frohlich weiter — und klage nicht. (Nachdruck verboten.)

Ernst Heiter.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerfede, den 29. November 1918.

Der auf morgen (Sonntag) in Busch' Hotel angelegte Experimental-Vortrag Frido Solcheids findet umfandehalter nicht statt. (Siehe Anzeige.)

Vorgestern sind zwei Söhne des Landwirts H. Ulfen-Eggeloge, die, um ihre landwirtschaftlichen Kenntnisse zu bereichern, zwei Jahre vor Kriegsausbruch nach Amerika gefahren waren, in Eggeloge wieder eingetroffen.

Während der Preis für Eierkrüben im vorigen Jahre 3 bis 4 Mark pro Zentner betrug, werden jetzt schon 7 Mark und darüber bezahlt. Auf allen Stationen wurden in letzter Zeit große Mengen verladen, doch sind noch längst nicht alle Rüben abgeerntet. Der Futtererfolg, namentlich der sog. Distrikt, hat sehr vom Froste gelitten und kann nur teilweise zu Futterzwecken verwandt werden.

Hollwege. So kann't kometen! — Dem Landwirt Schwengels hier wurde eine Karre, die er in der vorletzten Nacht vor seinem Hause hatte stehen lassen, gestohlen.

Bad Zwischenahn. Nachdem beim Kaufmann Aug. Klügge hier in der vorigen Woche ein Einbruchsvorfall gemacht worden war, bei dem die Einbrecher verheuchelt wurden, ist in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag der Einbruch mit Erfolg wiederholt worden. Mächtigere Weise hat man den Laden ausgeräumt. Man hat noch keine Spur der Täter. Beim ersten Mal hat man zwei Männer fortlaufen sehen.

Bad Zwischenahn. Im Hogenhagen ist Freitag nach Anweisung des Herrn Baurat Ritter und der Kommission für den Hogenhagen ein Modell des Ehrenmals aufgestellt worden. Es besteht freilich nur aus einer Holzplanke, die nur den Standort und die äußeren groben Umrisse des Ehrenmals bezeichnen soll. Es steht noch bis Dienstag zur Befestigung dort. Ein auswärtiger Zwischenahner überwieß gestern wieder 1000 Mark zum Fonds.

Bad Zwischenahn. Nachdem das Meer wieder vollkommen eisfrei ist, hat man mit der Reiterie begonnen. Leider hat das Reiz durch das Eis, die Stürme und besonders im Herbst schon durch die vielen Stare stellenweise arg gelitten. Die Nachtrage nach diesem Beobachtungsmaterial ist sehr groß, der Preis natürlich ebenfalls. Infolge des Krieges ist manches Dach leider vernachlässigt worden. Ueber ein schönes Reitdach geht aber nichts. Im Sommer kühl und im Winter warm, heißt es mit Recht. Daß eine zu frühe Reiterie äußerst nachteilig ist, kann man gleich hinter unserem Orte bewerten. Dort wurde im Sommer 1917 Reiz gemäht zu Futterzwecken. Ältere Leute behaupteten gleich, an der Stelle würde das Reiz in 10 Jahren nicht seine normale Länge erreichen, und sie haben wohl richtig geurteilt, denn bis heute sind an der Stelle nur minderwertige Pflanzen zu sehen. Jedenfalls wird durch das zu frühe Schneiden der Reiz beschädigt. — Unser Ort ist als feuriger Ort anerkannt worden.

Konhausen. Hier treten zur Zeit die Mäiern auf, allerdings nicht sehr gefährlich. Die Unterklasse der Heijenen Schule wurde vorläufig geschlossen.

Wischhausen. Mit dem Ausbau der Elektrizitäts-Anlage für Wischhausen, Konhausen, Elmendorf und Grisdie ist bereits der Anfang gemacht.

Apn. Fabrikant J. G. Siems. In der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag d. Woche wurde der Fabrikant J. G. Siems von hier durch einen raschen Tod im 68. Lebensjahre aus seinem geliebten Wirkungskreise aberufen. Der Tod dieses mit seltenem Gaben des Geistes und Herzens ausgestatteten Mannes ist für viele ein überaus schwerer Schlag, und die Trauerkunde wird von der gesamten Einwohnerschaft unseres Ortes mit aufrichtiger Teilnahme entgegenkommen.

Dahson. Es näher stehenden Kreisen bekannt war, daß ein schweres Herzleiden am Lebensende des Dahingegangenen zehrte, ist die schmerzliche Kunde von seinem Heimgang doch überraschend gekommen.

Doch das Schicksal hat es beschloßen! So bleibt uns also nur die Klage um den durch große Herzengüte ausgezeichneten treuen Mann, von dessen Schaffensfreudigkeit, klugem Bedacht und

reicher Erfahrung noch viel zu erwarten stand. Das Vorbild eines echt deutschen Mannes, fest an der heimatischen Scholle wurzelnd, starr in der Liebe zu seiner Heimat und wohlmeinend gegen jedermann, war der Vereingte wie wenige dazu geschaffen, ein solches großes Fabrikunternehmen zu gründen und zu leiten. Wäre zu erwarten, die Siems'sche Kleidwarenfabrik hat sich durch den verstorbenen Gründer einen vortrefflichen Erben erworben. Aus kleinen Anfängen erhaltend das jetzige große Werk, in dem eine ganze Reihe von Angestellten und Arbeitern ihr sicheres Auskommen haben. Die laute Freude, der vorbildliche Eifer und das redlich gemeinnützige Streben sichern dem Verstorbenen ein dankbares Gedächtnis.

Ein Aufrechter, unbeeinträchtigt um Genuß oder Ungenuß der Menge, ist er seinen Weg gegangen. Dagegen schwer wiegt der Verlust dieses arbeitsamen und unternehmungslustigen Mannes in einer Zeit unheilvoller Irrungen und Wirrungen, wie wir sie gegenwärtig leider durchleben müssen.

Wären wir zurück auf das Leben, dem der Allbezügler nun so früh das Ziel gesetzt, so dürfen wir nicht verfehlen, einzugehen, daß des verstorbenen Lebensweg ein Weg unermüdlichen Eifers und nimmermüder Schaffenskraft war. Arbeit war das Ziel seines Lebens. Er hat das selten große Ziel, die Schaffung eines großen Willkürunternehmens durch unermüdlichen Fleiß und durch seine Hände erreicht. Laßt uns ihm aufrichtig danken für diese große Arbeit, indem wir an seiner Bahre die Hoffnung auf bessere, bald wiederkehrende arbeitsfrohere Zeiten für unser geliebtes Vaterland neu aufrichten.

Wäre kein Lebenswert treulich gehütet und mutig weiter ausgebaut worden, das wird die größte Ehre sein, die wir dem Andenken des größten Unternehmers unserer engeren Heimat erzeigen können.

In diesem Mitgefühl sei auch der Familie des Verewigten gedacht, der er das liebevollste, sorgfältigste Oberhaupt war.

Ein „habe Dank für Deine große Arbeit und Treue“ wollen wir dem Verstorbenen als letzten dankbaren Gruß in die Ewigkeit nachrufen. Auch so große Arbeit gewollt zu haben, wie er es getan hat, ist schon genug, sein Andenken für alle Zeiten unter uns lebendig zu erhalten.

Nach gelanter Arbeit ist gut ruhen! Friede seinem Grabe!

D. J.

Augustfehn, 27. November. Die Firma S. N. Wallheimer-Bremen, welche hier seit langen Jahren bei der hiesigen Eisenbahnbrücke einen Lagerplatz für Altimaterial besitzt, betreibt auf demselben jetzt das Demontieren von Granaten. Fast täglich kommen mehrere Waggons Granaten an. Dieselben werden von den Kupferbestandteilen befreit und dann einzeln geschlagen. Die Bruchstücke werden darauf wieder verkauft, um zu Stahl- resp. Eisenwaren umgeschmolzen zu werden.

Das Stahlwerk Augustfehn, welches vor etwa einem Jahre eine Schmalspurbahn vom Werk aus zum Bahnhof angelegt und in Betrieb genommen hat, hat jetzt einen kleinen Personenwagen bauen lassen, in welchem die auf dem Werk arbeitenden Leute, welche im südlichen Teil Augustfehns wohnen, hin und zurück befördert werden. Die Bahn dient in der Hauptsache dem Transport der Rohmaterialien sowie der Erzeugnisse des Werkes, welches etwa 3 Kilometer vom Bahnhof Augustfehn entfernt liegt.

Barpel. In der Nacht vom 14./15. d. Mts. fand dem Zimmermann Gerhard Siemer in Barkeleemoor aus seinem etwa 50 Meter von seinem Hause entfernt stehenden Gartenstande 2 Standörbe mit bevölkerten

Die Führer des Deutschen Reiches zur Deutschen Spar-Prämienanleihe!

Esert, Reichspräsident

Über den Parteiprogrammen steht für jeden Deutschen die Pflicht, mitzuarbeiten am Wiederaufbau des Reiches. Zuerst müssen unsere Finanzen gekräftigt werden, denn nur durch sie kann das Reich wieder aufblühen. Ein Mittel zur Kräftigung der Finanzen ist die Spar-Prämienanleihe. Wer sie zeichnet, tut seine Pflicht und arbeitet mit am Wiederaufbau.

Dauer, Reichsfänger

Der Zins, vom Reiche aufgefart, Wird Dir und Deinen Kindern nützen!

Schiffer, Vizekanzler u. Reichsminister der Justiz
Geordnete Finanzen sind eine unentbehrliche Grundlage für Recht und Gesetz. Wer das Reich finanziell stärkt, indem er ihm Geld leiht, stärkt Recht und Gesetz.

Erzberger, Reichsminister der Finanzen

Die erste Friedensanleihe ist ein kühneres Wagnis als alle Kriegsanleihen. Trotzdem wird das Deutsche Volk die Friedensanleihe zeichnen.

Dr. Bell, Reichsverkehrsminister

Geldstücke sind die besten Eisenbahnräder!

Dr. David, Reichsminister o. P.

Wer ausländische Luxuswaren kauft, drückt unsere Valuta noch tiefer hinab und verteuert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe und Nahrungsmittel noch mehr. Wer dagegen entbehrliches Geld in Spar-Prämienanleihe anlegt, hebt unsere Valuta und fördert den Genesungsprozeß der deutschen Volkswirtschaft. Wer sein Land liebt, handle danach!

Dr. Gessler, Reichsminister für Wiederaufbau

Tragt goldene Balken herbei zum Wiederaufbau! Gebt dem Reiche Geld!

Giesberts, Reichspostminister

Wer spart in der Zeit, der hat in der Not!

Roth, Reichsminister des Innern

Wirtschaft ohne Geld ist Pflug ohne Pferd.

Dr. Mayer, Reichsschatzminister

Was das Blut für den Körper, ist das Geld für den Staat.

Müller, Reichsminister des Volkswohns

Wer die Friedensanleihe zeichnet, hilft einen wirklichen, dauernden Frieden sichern.

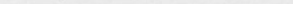
Nocke, Reichswehrminister

Wer dem Reiche kein Geld gönnt, schlägt dem Soldaten die Waffe aus der Hand!

Schlicke, Reichsarbeitsminister

Geld schafft Arbeit, Arbeit schafft Brot.

G. Boyksen,
— Oldenburg, Lange Strasse 80. —



59. Jahrgang.

Deutsches Reich

3taffen.

x Die Möglichkeit eines Thronwechsels. Man rechnet in Rom mit größeren Unruhen bei der bevorstehenden Eröffnung der Kammer. Besonders sind die Untertanen der Sozialisten erheblich härter gemoozt zu werden.

Großbritannien.

Engern

Mus. In- und Ausland.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung des preussischen Staatsministeriums, nach der das preussische Heroldsamit mit dem 31. März 1920 aufgehoben wird.

(120. Sitzung.)

CB, Berlin, 27. November.

Lärmjungen bei einer Rede Erzbergers.

Veranlaßt durch die Ausführungen des Abg. Düringer erhob sich der Reichsfinanzminister Erzberger zu einer energischen und scharfen Entgegnung. U. a. erklärte er, daß Preussens durch seine reactionäre Gewaltpolitik den Grund zu den Abplittungsneigungen gelegt habe, die sich gegenwärtig im Rheinland geltend machen. Darauf brach auf der Rechten ein Sturm der Entrüstung los. Als dann der Reichsfinanzminister die Rechten noch deutlicher vorwarf, erschollen aus den Reihen

Der Weg zum Einheitsstaat.

Nach dem Reichsfinanzminister sprachen die Abg. **Neufeld** (Deutsche Vp.), **Kaheufeld** (Soz.) und **Böhlmann** (Deuts. Vp.), die für die Vorlage eintraten. Sodann nahm das Wort der ehemalige Staatssekretär des Innern Abg. v. **Reibitz** (Deutschland. Vp.), um sich gegen den Reichsfinanzminister Erberger, wegen der Angriffe, die dieser gegen die Deutschnationalen erhoben hatte, zu wenden.

Ö Bund der lindergezeichneten Eltern. In Frankfurt a. M. erfolgte ein Zusammenschluß der linderreichen Familien mit dem Melital, daß der „Bund der Kinderreichen“ begründet wurde. Der Bund will eine ereignisvolle Veranstaltung im ganzen Netze angestehen einer Reihe von Vereinfachungen der linderreichen Familien. Der Bund ist in bezug auf ihre steuerliche Behandlung entfallen. Die Verbesserungen gehen dahin, den bisher nur in Preußen geltenden „Kinderparagrafen“ auf das ganze Reich ausdehnen und den Oberhäuptern linderreicher Familien einen stärkeren Einfluß bei den Wahlen zur Nationalversammlung, zu Landes- und Gemeindeversammlungen zu sichern. Gleichseitig hat auch ein „Bund der Väter“ den Licht der Welt erblickt, der darauf ausgeht, einen Einfluß nur auf solchen, wonach in den gelebenden Körpern, das heißt im Reich, den Einsingelten und den Gemeindevorständen mit Kindern Eiz und Stimme erhalten.

Der Ammerländer

(Hornspecher Nr. 5.)

erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.

Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,80 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr: Für die einpfeilige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftragsgeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.

Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.

Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 281.

Weserstraße, Dienstag den 2. Dezember 1919.

59. Jahrgang

Ausverkauf.

In der hochgenutten Stimmung der ersten Kriegsmomente, wo wir aus der Fülle unseres Reichthums heraus unsere Frontsoldaten mit Bergen von Schokolade und Wollstoffen und anderen Dingen überschütteten, kam uns auch im Traume nicht der Gedanke, daß wir eines Tages für all unser Geld nichts mehr kaufen könnten. Fast bei jeder Gelegenheit kam dann das allerliebste „Nichtes!“ nach treibenden Waren. „Nichtes!“ steht nach „Nichtes!“ stand einmal auf dem Entschuldigungsstufen für ein kleines Schlußkind, und die ganze Klasse lachte, das ganze Städtchen lachte.

Das Leben ist uns im Laufe der Jahre und insbesondere in dem ersten Rohrüberwinter vergangen. Wir, die wir im Reiche standen, verzichteten auf Liebesgaben, schickten statt dessen heim, was wir draußen noch kaufen konnten. Zu Hause gingen die Vorräte des Landes zu Ende. Nur eine eiserne Organisation verschaffte der kämpfenden Truppe noch das Ihrige, das sie, Essen und Trinken, Kleider und Schuh“ bekam. Nun ist der Krieg zu Ende gegangen, die ungeheuren Vorräte für seine noch jahrelange Fortführung sind, soweit sie nicht an belagerte, politische und sonstige Schieber um einen Rappenstiel überlassen wurden, wieder der Heimat zugeflossen, vom Ausland sind in der ersten Zeit, in der die deutsche Mark noch den Wert aus der Zeit des alten Reiches behielt, auch in stille Waren hinzugekommen, wir erleben in diesem Sommer eine fühlbare Entlastung. Nun ist auch die von über. Der Warenhunger wird wieder überwindlich, aber an unseren Vorräten läßt sich vor allem Ausverkauf, die ihr „gutes“ Geld glänzend vermehren können und autant, was bei uns überhaupt noch zu kaufen ist. Neben jeder einzelne Zeile kann heute dafür schon Beispiele aus eigener Erfahrung beibringen. Sie brauchen einen von Ausverkauf aus weichen Sträuben für mein Schatzkammer weil der alte zerbrochen ist. In den Sondergeschäften wie in den Warenhäusern finde ich keinen mehr. Das Geschäft vermindert, das Leder, die Schuhe, die Kleider, die Möbel verschwinden, dazu und andere Dinge.

Was nicht verschwinden kann, das sind unsere Häuser und Hotels, unsere Bergwerke und Fabriken, unsere Güter und Wälder. Von diesen, den Wäldern, kann man allerdings auch nur noch mit Einschränkung von ihrem Bestande sprechen. Es wird auch da schon Raubbau betrieben: man entnimmt ihnen im Widerspruch zu jeder geregelten Forstwirtschaft übermäßig Holzmaterial für uns und Grubenholz für das Ausland. Der Umhang der Abholzung ist so erdrückend, daß wir wenn es so fortgeht, bereits erreichen können, wann Deutschland zu einem dünnen Rinde geworden und verlandet sein wird, wie es durch jahrhundertelange Mißwirtschaft die Türkei erlebte, wo „kein Gras mehr wächst“. Und der übrige Rest, der nicht fortgetragen werden kann, wird allmählich von Fäulnis aufgefressen. Wenn erst im nächsten Frühling der große Abverkauf durch die neuen Steuern beginnt, wird es damit noch viel schneller gehen, werden auch die bisher noch etwas besser weggekommenen Kleinräde in den Stadel geblasen werden. Der Ausverkauf Deutschlands ist hier unumkehrbar.

Bisher war das Wort, daß der Friedensvertrag uns zu Bettlern mache, mehr oder weniger nur Redensart, die man nur übertrieben hielt. Nun zittert eine Ahnung der Wahrheit durch unser Volk. In der „guten alten Zeit“ vor 1914 lebte es allen als wenn man ein Geld, um etwas zu kaufen, aber es fehlte nicht an Ware. Heute haben wir, obgleich es auch da schon bittere Ausnahmen gibt, Geld und finden nur mangelhafte nicht mehr zu kaufen. Aber ein kleines werden wir jedes nicht mehr haben. Dann verlangt das Ausland Wucherpreise von uns für das Nothige, und die werden wir nicht mit uns er seit Herbst mit von 68 auf 10 Pfennig gekunnenen Mark bezahlen können, sondern Arbeit dafür leisten müssen. Arbeit im Dienste der neuen kommenden Völker unserer Bergwerke und Fabriken, unserer Häuser und Hotels, unserer Landgüter und Wälder, unserer Kraftwerke und Bahnen. Der Kampf um den Achtstundentag wird für die, die dann vielleicht zwölf Stunden und mehr arbeiten müssen, eine Lebensfrage von vorgestern geworden sein, ein kurzer Traum. Und die Miswirkung auch auf die geistigen Berufe und unsere ganze Kultur ist für jeden, der die Zusammenhänge kennt, ganz klar.

In der hochgenutten Stimmung der ersten Kriegszeit, von der ich oben sprach, daß es doch schon eine kleine Männer gegeben, die da erkannten, was ein vom Feinde diktiert Krieg für uns bedeuten würde. Im Sommer 1917 erklärte Scheibemann in Dresden: „Aus der deutschen Arbeiterklasse würde dann ein Haufe von Bettlern werden, unter den Millionen Deutschlands läge am tiefsten die Arbeiterklasse begraben.“ Im Herbst 1918 haben wir unsere Kapitalisten unterworfen. Nun kommen die

Folgen.

Sie sind durch Menschen verschuldet, sind kein Naturereignis, wie die Überflutung durch eine Sintflut, oder die Vergeltung in einer neuen Eiszeit, und Menschen müssen es daher auch sein, die diesen Folgen ins Gesicht sehen und sie abwenden, soweit es überhaupt möglich ist. Der jetzige Ausverkauf Deutschlands hört auf, sobald er vollendet ist. Dann bleiben uns noch unsere Häuser, 60 Millionen Paar Häuser; und jedes Kind, das aus neu geboren wird, bringt nicht nur einen Land, sondern auch ein Paar Häuser mit auf die Welt, kann unter Mitwirkung werden, wenn es erst erwachsen ist. Unsere Kleidung liegt einzig und allein in unserer Arbeit und in dem Wachstum unseres Volkes; die Arbeit wird uns schon aufgezogen werden, das Wachstum aber geht damit Hand in Hand, denn nur kampfende Völker, denen Wohlleben zur zweiten Natur geworden ist, verfallen dem Zweifeln, oder Einkinder, oder Minderwertigen, während arme Nationen, bei denen schon das vierzehnjährige oder noch jüngere Kind Mißgeborenen ist, finstereich und unerlöschlich in ihrer Fruchtbareit zu sein pflegen. Wir müssen wieder arm werden! Da ich einige Jahre vor dem Kriege Colmar Freiherr v. d. Goltz gesagt: nur durch Mangel geht es zum Aufbruch, Not heißt die Lunte alles Großen. Dann arbeiten. Dann wachsen. Und wenn wir ein Hundertmillionenvolk geworden sind, dann werden die erbeuteten Räume dem dergewaltigen Deutschen kein Rechtsrecht ohne weiteres sichern. Germanicus.

Das achtstägige Ultimatum.

Nachmaliger „Verlauf“ der Kriegesgefangenen.

Die schon länger angekündigte weitere Note Clemenceaus über die deutschen Kriegsgefangenen ist nun in Berlin eingetroffen und tippt in der Hauptstadt in folgender neuer Drohung:

Die deutsche Regierung hat es in der Hand, daß binnen einer Frist von acht Tagen die endgültige Ratifikation unterzeichnet wird und die Gefangenen in die Heimat zurückkehren. Es ist dazu nur erforderlich, daß sich die Vertreter der Verbündeten und Deutschlands über die Art und Weise der praktischen Durchführung der aus dem Übereinstimmung der Bestimmungen vereinbarten, und daß das der Mitteilung vom 1. November beistimmte Protokoll, das die vollständige Auslieferung der Gefangenen des Waffenstillstandes sowie die Strafen für den Verstoß gegen denselben, ohne neue Einwendungen unterzeichnet wird.

In einer Anhängende kommt Clemenceau nochmals auf die Abreise des deutschen Reichspräsidenten v. Eitel und schließt in Verbindung damit Deutschland die Schuld an jeder Verzögerung zu.

Die deutsche Antwort.

In dieser Note wird von maßgebender deutscher Stelle bemerkt: Das vorliegende Schreiben hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenen-Note geäußert. Es zeigt, daß der französischen Regierung, um jenen Gegenstand zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenen-Note der Entente, nur noch eingeleitet ist, daß sie am 28. August Vorparaphen über die Heimführung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Auslieferung dieses Verzeichnisses, die sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen müßte, mit der Ratifikation deutscher Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche

nicht eingehaltenen Bedingungen

es sich hier handeln kann. Dabei muß alles ausscheiden, was vor dem 18. September liegt, denn in diesem Lage ist dem deutschen Vertreter in Paris noch mitgeteilt worden, die Kriegsgefangenenfrage ist erledigt, die Transporte nach Deutschland wurden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa Flow-Sache weg, ebenso wie die baltische Frage ausscheiden muß, da der Bericht der unter Führung des Generals Kiehl lebenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die tschechischen, bei dem beistimmte Umhang der laut Waffenstillstand zu erfüllenden Leistungen faun ins Gewicht fallenden Rückstände, die wahrlich nicht als Vorwand für die zum Widerspruch von Frankreich gegen die deutschen Bedingungen verfräglich übernommenen Verpflichtungen dienen können. Nun wird in der neuen Note die Verletzung der Gefangenen innerhalb von acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet.

Die Kriegsgefangenen sollten also nochmals verhandelt werden, und zwar für die Auslieferung der Wägen, des Schiffs und Krane, ohne die es ein dem deutschen Reichthum kaum aben kann. Aber mehr noch. Um ne zurückzu-

kommen, soll eine Bestimmung anerkannt werden, wodurch die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und andere Zwangsmassnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet eine Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß, gerade so wie heute, unter diesen Zwangsmassnahmen nicht auch die Einstellung der Kriegesgefangenentransporte zu verleben sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung einen letzten wertvollen Teil des deutschen Volksovermögens verschleudert, durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert. Die deutsche Regierung wird nach all den Erfahrungen in der Kriegsgefangenenfrage und nach den

zweimal nicht eingehaltenen bindenden Versprechungen das dritte Mal sich nicht auf solch einen unethischen Rechtsboden begeben.

Am so weniger, als gerade heute die Nachricht aus Paris kommt, Herr Clemenceau habe in einer Ansprache erklärt, daß die deutschen Kriegsgefangenen erst herausgelassen werden sollen, wenn 600.000 deutsche Arbeiter unter genau den gleichen Bedingungen im Wiederaufbaubereich eingesetzt seien.

Wiederaufnahme der Pariser Verhandlungen.

Berlin. Von zukünftiger Seite wird erklärt, daß die Verhandlungen in Paris keineswegs abgebrochen seien, vielmehr in Kürze wieder fortgesetzt würden. Herr von Simson werde sich in einigen Tagen wieder nach Paris begeben.

Seatenmarkt in Berlin.

Berlin. Infolge des Fortfalls des Seatenmarks in Polen für Deutschland, hat der Vorstand des Vereins Berliner Getreide- und Produktenhändler beschlossen, den alljährlichen Seatenmarkt in Berlin abzuhalten. Derselbe findet im Februar statt.

Die umstrittene Kasseler Bürgermeistereiwahl.

Kassel. Die rechtsstehenden Zeitungen Kassels sprechen sich einheitlich gegen die Berufung Scheibemanns zum Oberbürgermeister aus und fordern einen tüchtigen Verwaltungskmann. Die demokratische Stadtverordnetenversammlung nimmt eine Stellung gegen die Kandidatur Scheibemanns und beschließt, die ordnungsmäßige Ausübung des Postens zu verlangen.

Ausdehnung des Bitterfelder Streiks.

Bitterfeld. In einer Versammlung des Bezirksbetriebsrates in Bitterfeld wurde der Generalstreik der Arbeiter der chemischen Industrie und des Bergbaues des ganzen Bezirks Bitterfeld mit sofortiger Wirkung beschlossen.

Das dankbare Österreich.

Wien. In der Nationalversammlung wurde die Nachricht von der Protektionseinschränkung in Deutschland ausnehmend freudig mit denkbar größtem Jubel aufgenommen. Der Präsident sprach Deutschland in bewegten Worten den Dank Österreichs aus. Seine Rede wurde vom Saale lebend angepfiffen.

Kardinal Mercier gegen die Volksgewissen.

Brüssel. Kardinal Mercier hat in Mecheln einem Kongress der „Unité Belge“ eine Unterredung gehalten und gesagt, der Volksgewissen verbiete einen europäischen Frieden. Die Alliierten müßten sich verweigern, um die Ordnung in Rußland wieder herzustellen. Sie dürften nicht vergessen, welche Misshandlung die Anarchie auf den Weltfrieden habe. Man dürfe auch nicht Deutschland die Ehre lassen und den Nutzen, den es haben könnte, wenn es die russische Revolution erlöse.

Revision des Friedensvertrages?

Paris. Wie durch Funkstich aus Rom gemeldet wird, vertritt die Presse folgende Erklärung. Am 20. April auf die Ratifikation des Versailler Vertrags durch königliches Dekret wird in gewissen Kreisen eine völlig verfassungsmäßige Lösung vorgeschlagen, die es zahlreichen nicht sozialistischen Gegnern ermöglichen würde, nicht mit den Sozialisten gemeinsame Sache machen zu müssen. Diese Lösung würde darin bestehen, den Vertrag unter der Bedingung aufzuheben, daß die Regierung die Initiative dazu ergreift, die Änderungen darin auszuheben, die notwendig sind, um die Ausführung des Vertrags zu erleichtern und ihn den Grundriss der Gerechtigkeit und eines würdigen Friedens, für den Italien in den Krieg gezogen ist, mehr anzupassen.

Schämt Clemenceau sich?

Paris. Die Note Clemenceaus über die deutschen Kriegsgefangenen ist in Frankreich gar nicht veröffentlicht worden. Die „Presse de Paris“ hat lediglich nach deutschen Blättern in einem Telegramm aus Basel einen Auszug veröffentlicht.

Der internationale Post- und Telegraphenverkehr.

Paris. Der Oberste Weltkongress hat beschlossen, demnächst eine internationale Konferenz zur Erneuerung des Post-, Telegraphen- und Fernsprechnetzes einzuberufen.

Lekter Zeichnungstag: 3. Dezember 1 Uhr mittags

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919